
FDP Rosbach

STELLUNGNAHMEN DES FDP- FRAKTIONSVORSITZENDEN HANS-OTTO JACOBI ZUM HAUSHALT 2021

03.02.2021

Neben vielen erreichten Erfolgen klaffen in mehreren Feldern das nach außen getragene positive Selbstbild der Verwaltung und die Realitäten leider auseinander. Im Haushalt nicht dokumentierte Vorhaben, viel Eigenlob sowie Wechselbäder mit verschleppter Entscheidungsfindung und Schnellschüssen sind in der Stadtpolitik festzustellen. Als der Bürgermeister im Dezember den Haushalt 2021 einbrachte titelte dazu die Presse, ein Mehrgenerationenhaus solle anstelle der Kindertagesstätte an der Brüder-Grimm-Straße entstehen. Als wir im vorgelegten Investitionsplan prüften, in welchem künftigem Jahr welche Summe hierfür zur Verfügung gestellt ist, stellten wir fest: nirgends ist auch nur ein Euro vorgesehen. In dem weiteren Vorhaben für das Nutzen der Fläche der bisherigen KiTa war von einer Anlage für Biker und Skater zu lesen. Auch hier ergab das Prüfen, dass für grundsätzlich sinnvolle Investitionen für ältere Kinder und Jugendliche keinerlei Haushaltsmittel in den nächsten Jahren veranschlagt sind. Dies will die FDP ändern. Wie in der Ausschussberatung angekündigt, beantragen wir für Aktionsplätze für Jugendliche 30.000 € in 2023 und 70.000 € im Jahr 2024 einzustellen. Die FDP geht dabei davon aus, dass spätestens 2022 feststehen wird, in welcher Form Jugendliche mitentscheiden können, wo für sie welche Angebote entstehen. Für die bislang bei Investitionen vernachlässigte Gruppe der Jugendlichen und deren

Mitspracherecht setzt sich die FDP gerne ein.

Es zeigte sich somit sehr schnell und deutlich die Notwendigkeit zu prüfen, ob und inwieweit

Vorhaben auch über den Haushalt abgesichert sind. Unsere Nachfrage zu der schon für letztes

Jahr angekündigten und verschobenen Neugestaltung der Bücherei im Rodheimer Rathaus

ergab, dass nach wie vor ca. 60.000 € hierfür zur Verfügung stehen. Als ich hierauf in der Ausschussberatung hinwies, löste dies überraschende Aktivitäten aus. Noch heute nach der

Haushaltsverabschiedung erörtern wir einen Antrag unter dem Tagesordnungspunkt „Umbau

der ehemaligen Bücherei zu einem Begegnungsort". Selbstverständlich beantragt die FDP dann, dass der Büchereistandort Rodheim erhalten bleibt. Wir wollen nicht lediglich die Möglichkeit einer Fernausleihe, sondern dass weiterhin Bücher und Medien präsentiert sind. Für

die von der FDP geforderte Treffpunktmöglichkeit für Jung und Alt in der Ortsmitte steht ja noch

ein weiterer Raum im Rathaus zur Verfügung, der bislang wöchentlich nur wenige Stunden genutzt wird.

Nach unserer Einschätzung verlaufen nicht nur wegen der Corona-Krise Entscheidungen z. B.

zu Sportstättenentwicklung oder Baugebieten sehr schleppend. Oft beschworenes Abbremsen

und die vielgelobte zögerliche Behutsamkeit machen inzwischen auch deutlich: Wer dauernd

bremst, kommt nicht voran. Wechselbäder von zunächst schleppendem Erörtern und überraschendem Schnellschuss haben wir leider oft zu erleben. Als bei Angeboten für günstigen Wohnraum auf Drängen der FDP statt ursprünglicher Verkaufsabsichten das Sanieren städtischer Wohnungen Vorrang gegeben wurde, erfolgte dann bei Neubaumaßnahmen knapp eine Million Zuschuss ohne das Einholen vergleichender Angebote.

Nachdem die FDP bereits vor Jahren einen Entwurf für Leitlinien zur Kinderbetreuung

vorlegte,
wurde abgebremst und eine Vorlage seitens der Stadt gefordert. Trotz mehrerer
Nachfragen
und Verwaltungszusagen warten wir noch immer auf deren Lieferung. Über mehrere
Monate
fragten wir im Ausschuss nach, wann endlich Vorschläge für das Fortführen der
Straßensanierungen vorgelegt werden. Wir wurden vertröstet und dann wurde ohne
vorherige
Magistrats-Beteiligung eine Vorlage versandt, die im Spätherbst unter Zeitdruck und ohne
ausreichende Diskussion unverändert verabschiedet wurde. Die FDP will den
Straßenausbau
verstärken. Wenn neue Leitungsstränge für Wasser oder Kanal verlegt werden müssen,
sollten
schlechte Straßenbeläge komplett miterneuert werden. Wenn stattdessen die Stadt nur
noch in
Schmalspurbreite Streifen über Leitungen erneuert, bedeute dies weitere Flickschusterei,
unnötiges doppeltes Belasten der Anwohner und verschwenden von Steuergeld. Denn
schon
nach einigen Jahre muss die immer noch marode Straße erneut bearbeitet und gesperrt
werden. Diese ist aus unsere Sicht falsch und Hauptgrund unserer Ablehnung des
vorgelegten
Haushaltsentwurfs.
Wie schon bei der notwendigen Korrektur eines Beschlussvorschlags des Bürgermeisters
zur
Sanierung des Schwimmbades hat das Verlagern von wesentlichen Einflussmöglichkeiten
die
Qualität der Vorlage auch zum Thema Straßensanierung offenkundig nicht verbessert.
Aus der
nicht öffentlichen Hinterzimmer-Politik des Magistrats wurde das Gremium zunächst zur
Blackbox entwickelt. Mittlerweile ist für uns Stadtverordnete nicht einmal mehr ersichtlich,
ob
und welche Anträge zu Verwaltungsvorlagen im Magistrat gestellt wurden und welche
Ergebnisse sich bei Abstimmungen ergaben. Dies wird möglich durch die Neuerung einer

Geschäftsordnung des Magistrats, die - schon fast selbstredend - im Gegensatz zu zahlreichen anderen Städten und Gemeinden nicht veröffentlicht ist. Aus dem Magistrat im Hinterzimmer wurde eine Blackbox, die mehrfach von Bürgermeister und Verwaltung übergeben wurde. Nach welchen Überlegungen von welchen Akteuren in welchen Separates Entscheidungen vorbereitet werden, lässt sich nun teilweise nur noch erahnen. Mehr als 90 Prozent der Vorlagen des Magistrats werden nach vorheriger Diskussion von uns Stadtverordneten einstimmig verabschiedet. Dies sollte seitens des Magistrats zu einer wieder transparenteren Informationsübermittlung führen. Mit Blick nach vorn empfehlen wir, angesichts unbestreitbarer Ungewissheiten in der Corona-Pandemie, sich auf Lösungen zu konzentrieren, die wirklich zählen. An zwei Beispielen von heute zu treffenden Entscheidungen zum Haushalt will ich dies verdeutlichen. Ja, die FDP will verstärkte EDV-Kompetenz in unserer Verwaltung. Aber bei sowieso rentablen Solar-Steckern genügen nach unserer Auffassung unkompliziert umzusetzende Anschubfinanzierungen auf Darlehensbasis, statt verlorener Zuschüsse. So wird es gelingen, sinnvolle Maßnahmen vernünftig umzusetzen und Haushaltsmittel zu schonen. Für diesen Weg wirbt die FDP und bittet um Unterstützung für ihre Anträge.